

Bündnis Zukunft Presse | Markgrafenstraße 15 | 10969 Berlin | Deutschland

An
Bundesministerium der Finanzen

Bündnis Zukunft Presse
Haus der Presse
Markgrafenstraße 15
10969 Berlin

Tel.: +49 30 72 62 980
info@buendniszukunftpresse.de
www.buendniszukunftpresse.de

Aktuelle Debatte zur Mehrwertsteuer

Berlin, den 26. März 2026

Sehr geehrte.....,

der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) und der Medienverband der freien Presse haben sich im Bündnis Zukunft Presse zusammengeschlossen, um die Rahmenbedingungen für unabhängigen Journalismus in Deutschland gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die aktuelle Diskussion über eine Reform der Mehrwertsteuer ist aus unserer Sicht mehr als eine fiskalische Debatte. Sie ist eine Richtungsentscheidung darüber, welche Bereiche unserer Gesellschaft gestärkt werden.

Unabhängiger Journalismus ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern, sich eine fundierte eigene Meinung zu bilden, politische Entscheidungen einzuordnen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Form der Meinungsbildung ist kein Konsum, sondern ein zentraler Bestandteil unserer demokratischen Ordnung. Presse ist ein "Überlebensmittel" unserer offenen Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund bietet die laufende Reformdebatte die Chance, die Presse steuerlich so zu behandeln, wie es ihrer Bedeutung entspricht. Eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Presseprodukte würde den Zugang zu verlässlichen Informationen erleichtern, die wirtschaftlichen Grundlagen journalistischer Angebote stärken und Investitionen in die digitale Transformation ermöglichen.

Eine solche Steuersenkung für Presseprodukte wurde in der Vergangenheit in der Regierungskoalition parteiübergreifend als sinnvoll bewertet und war bereits Gegenstand konkreter politischer Debatten, z.B. während der Koalitionsverhandlungen. Dass sie bislang nicht umgesetzt wurde, lag nicht an inhaltlichen Zweifeln.

Gerade deshalb stellt sich heute die Frage, ob eine Maßnahme, deren Notwendigkeit bereits erkannt wurde, in einer Phase grundlegender steuerpolitischer Neuordnung weiterhin zurückgestellt werden sollte.

Die fiskalische Belastung durch diese Maßnahme ist sehr gering. Der gesellschaftliche Nutzen dagegen erheblich: für die Sicherung von Medienvielfalt, für demokratische Teilhabe und für die Stabilität unserer öffentlichen Debatten.

Viele europäische Staaten wie z. B. Belgien, Dänemark und Irland haben diese Priorität bereits gesetzt. Deutschland hat nun die Gelegenheit, hier nicht länger zurückzubleiben.

Wir bitten Sie daher, im weiteren politischen Prozess die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Presseprodukte aufzugreifen und umzusetzen.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde hingegen das gegenteilige Signal senden: Sie würde den Zugang zu unabhängigen Informationen verteuern und damit ausgerechnet die Bürgerinnen und Bürger belasten, die sich informieren und beteiligen wollen.

Gerne stehen wir für einen vertieften Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen